

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

## Er scheint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. Mk., frei ins Haus, einschließlich der Postlage, Wort und Bild.  
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk.  
Telegraphen-Adresse: Zeitung.  
Fernsprecher 27.



## Anzeigen

werden die sechsgepaltenen 8 mm hohe (Breite) Zeile oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; auswärts 15 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Druck und Anfertigung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postkonto Frankfurt am Main Nr. 2071.  
Annahmehgebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr 52

Donnerstag, den 5. Juni 1924

17 Jahrgang.

Auch aus entvölkter Höhe  
Kann der zündende Donner schlagen,  
Darum in Deinen glücklichen Tagen  
Fürchte des Unglücks rüchliche Nähe.

## Pariser Brief.

Die Bedeutung der gegenwärtigen Krisis ist: sie führt die Entwicklung der französischen Republik in die Bahn zurück, die sie im August 1914 verlassen hat. Das französische Volk hat die Kriegsjahre überwunden. Ein ausstufgebender Teil des Volkes hat sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, die Weiterentwicklung Frankreichs auf dem Boden der Verständigung mit den Nachbarvölkern zu suchen und zu pflegen. Die Lage ist für Deutschland so günstig wie sie noch seit der Beendigung des Krieges war. Aber es heißt allerdings: jetzt oder nie. Kommt die Verständigung nicht bald mit den Radikalen und Sozialisten zustande, so können leicht die hysterischen Elemente von neuem Oberwasser erhalten — dann aber wäre der Verständigungsgedanke für lange, wahrscheinlich für immer — erledigt.

Dass die Mehrheit mit der Verständigung ernst ist, zeigt man am besten daraus, dass sie mit der Gewalttätigkeit keinen Lohn machen will. Nicht nur Poincaré muß weg, sondern auch Millerand. Der Kampf gegen den Präsidenten der Republik wird zur Kratprobe zwischen dem Volk und der despotischen Gewalt. Denn Millerand repräsentiert in den Augen der Radikalen und der Sozialisten den Despotismus — nicht anders als ihn Karl der Erste in den Augen der Baronen oder Ludwig der Bierzeinte in den Augen der Bauern repräsentiert hat. Das die beiden Monarchen in der Politik keine grausamen Erzkynnen, sondern persönlich geübte Menschen waren, hat historisch keine Rolle gespielt und den Konflikt nicht gemindert. Die Gegner Millerands sehen in ihm ein monarchistisches-prinzipielles Wesen, das sie in ihrer Republik unter keinen Umständen dulden wollen und das nicht nur bekämpft, sondern ausgerottet werden muß. Millerand ist aus der Rolle, die ihm die französische Verfassung vorsieht und die eine ganz passiv-konstitutionelle ist, im Wahlkampf herausgetreten. Jetzt handelt es sich um die Verwirklichung nicht so, wie sie sich in den Buchstaben der Grundgesetze ausdrückt, die die „Constitution Wallon“ bilden, sondern um die lebendige Überlieferung, die sich seit 1873 bei den Republikanern geübt hat. Im französischen Staatsrecht hat ein gut Stück Gewohnheitsrecht. Die ganze Verantwortlichkeit ist nicht wie in der heutigen deutschen Verfassung in bestimmten Paragraphen und Wegen festgelegt, sondern sie ist nur eine traditionelle Konsequenz des Volkes, das die Minister verantwortlich sind. Nach der gegenwärtigen Verfassung hat der Präsident der Republik mangelt Rechte, in der Wirklichkeit hat er sich möglichst still zu verhalten, wie es die Ministerpräsidenten Carnot, Loubet, Fallières getan haben. Camille Perier, dem das nicht pagte, nahm sehr schnell seinen Abschied. Mac Mahon, Grey, Poincaré haben keinen guten Ruf hinterlassen. Dem Präsidenten Poincaré verzieht man manches, weil Krieg war; er war allerdings als Präsident der Republik nicht so aktiv wie als Ministerpräsident. Von Millerand aber will man sich nichts gefallen lassen und verweist ihn nachdrücklich in seine Grenzen. Man sind die Radikalen und die Sozialisten einig. Man wünscht bloß die Form, in der man Millerand in die Rolle des einfachen Bürgers zurückzuführen will. Die Sozialisten wollen kein Kabinett unterstützen, das seine Bestimmung aus Millerands Händen entgegennehme. Die Radikalen wollen Millerand nur die Überzeugung aussprechen, daß sein Verhalten in der Präsidentenschaft das öffentliche Gewissen verletze und eine ständige Konfliktquelle zwischen der Regierung und dem Staatsoberhaupt sowie eine ständige Gefahr für das Regime wäre. Die Sozialisten haben sich zuletzt der Auffassung der Radikalen gefügt. Die praktische Konsequenz der von den Radikalen angenommenen Methode wird sein, daß der vom Millerand zur Bildung des Kabinetts ins Eingreifen getretenen Führer zwar den Auftrag aus Millerands Händen entgegennehmen, ihm aber gleichzeitig erklären wird, die Republik erwarte das Abtreten des Präsidenten von seinem Amt. Dann tritt der Kongress (Kammer und Senat) in der Sache zusammen und wählt einen neuen Präsidenten.

Aber wird Millerand den ernannten Rat, den ihm die Verfassung erteilt, annehmen? Oder wird er dem Willen der Kammer trotzen? Es bleibt ihm noch ein verfassungsmäßiges Mittel: die Auflösung der Kammer. Aber dazu bedarf er der

Genehmigung des Senats und es ist sehr zweifelhaft, ob er sie erhält. Die Möglichkeit der Kammerauflösung steht zwar auf dem Papier, aber sie ist ein toter Buchstabe. Denn nur ein einziges Mal hat ein Präsident der Republik von ihr Gebrauch gemacht. Das war der Marschall Mac Mahon, der gar kein richtiger Präsident der Republik, sondern ein Statthalter des Königs war — die Monarchisten waren nur nicht einig, wer König werden sollte. Mac Mahon schickte die Kammer, in der eine Mehrheit von 363 Republikanern saß, 1876 nach Haus und das Land schickte ihm die 363 Republikaner zurück. Seitdem war die Republik befestigt. Die Auflösung der Kammer galt seitdem als ein Staatsstreich gegen die Republik und es ist nicht anzunehmen, daß Millerand die Torheit begehen wird, das Abenteuer zu wagen. Riskiert er es, so kann es um mehr gehen als um eine bloße Personalkrise, nämlich um die Stellung des Staatspräsidenten selbst. Diese Einrichtung wird von vielen Linkrepublikanern als überflüssig und als eine Quelle von staatsrechtlichen Konflikten betrachtet. Schon in der Nationalversammlung des Jahres 1848 schlug das Mitglied Grey vor, keinen Präsidenten der Republik zu führen, sondern den Ministerpräsidenten auch mit den Funktionen des höchsten Staatsoberhauptes zu betrauen. Die Nationalversammlung hörte nicht auf Greys Rat. Sie wählte zum Präsidenten der Republik den Prinzen Louis Bonaparte, der — das Kaiserium errichtete. Grey selbst wurde Präsident in der Dritten Republik und hatte das tragische Schicksal, in so böse Konflikte mit der Kammer zu geraten, daß kein Staatsmann mehr eine Berufung aus seiner Hand annahm. Er sah sich zum Rücktritt gezwungen.

Dasselbe Schicksal droht jetzt Millerand und er wird ihm nicht entgehen. Ein Widerstand, kann seine Stellung und seine politische Zukunft nur verheerlicher. Nimmt er jetzt „freiwillig“ den Abschied, so findet er immerhin noch eine starke Partei im Lande, an deren Spitze er seine jetzigen Gegner bekämpfen kann. Läßt er es auf den offenen Konflikt ankommen, so unerlegt er sicher und ist für alle Zeiten abgetan. Bei einem solchen Konflikt würde er auch nicht die Unterstützung, sondern eher die Gegnerschaft von Poincaré finden, der streng auf seinen Ruf als guter Republikaner hält.

Die wahrscheinlichste Entwicklung der Dinge wird Herriot als Ministerpräsident, Poincaré zunächst als Kammerpräsident, später als Präsident der Republik heraufführen. Die Millerand eigenständig und versucht er es mit der Auflösung der Kammer, so beschränkt er einen Sturm im Lande herauf, dessen Ende nicht abzusehen ist. Die Republik könnte dann aus konstitutionellen Bahnen in revolutionäre geworfen werden. Europa und Deutschland haben daran sicher kein Interesse. Millerand wird die Geberde finden, mit der er seinen Posten verlassen kann. Damit ist die Aussicht eröffnet, den Abspruch der Gewalt, der auf Deutschland lastet, zu befestigen. Aber es kommt freilich darauf an, daß der günstige Moment nicht verpaßt und die gute Gelegenheit nicht verpaßt wird.

## Deutschland läßt bit en.

Das Sachverständigengutachten Dawes sieht eine Reihe von Auslandsanleihen vor, die sich auf nahezu 45 Milliarden Goldmark belaufen, falls sie alle heute kapitalisiert würden. Selbstverständlich denkt kein Mensch daran, diese Riesensumme mit einem Schlag auf den Markt zu bringen. Sobald aber das Gutachten von allen beteiligten Regierungen angenommen ist, dürften 300 Millionen Goldmark, die für die deutsche Goldnotendank vergeliehen sind, weitere 800 Millionen Goldmark für deutsche Kredit- und alliierten Märkten um Aufnahme bitten.

Können diese Summen auch tatsächlich untergebracht werden? In Großbritannien und den Vereinigten Staaten ist gegenwärtig ein außerordentliches Anlagebedürfnis vorhanden. Im letzten Jahre wurden auf dem Londoner Goldmarkt allein Anleihebeträge in der Höhe von 5,7 Milliarden Goldmark untergebracht, eine erstaunliche hohe Summe, die aller Welt die ungeheuren Reichtümer des britischen Weltreichs offenbart. Von dieser Summe entfielen 3,1 Milliarden auf den einheimischen Markt, 1,8 Milliarden auf das Dominion sowie 0,9 Milliarden auf das Ausland.

Amerikas Aufnahmebereitschaft ist eine außerordentliche und ungleich größere noch als die Großbritanniens. Soeben wird auch bekannt, daß Couleidge sein lebhaftes Interesse an der Annahme des Sachverständigengutachtens neuerdings bekundet und daß hinter dem Präsidenten die nordamerikanische Hochfinanz steht. In diesem Sinne ist auch der diplomatische Schritt des englischen und amerikanischen Botschafters in Berlin zu würdigen, der an maßgebender Stelle eine Regierungsberatung befürwortete, von der die Fortführung der bisherigen Außenpolitik begründeterweise erwartet werden kann.

Nach unseren Informationen besteht in London und New Yorker Finanzkreisen die grundsätzliche Geneigtheit, die dringlichen deutschen Anleihen unterzubringen. In New

York ist diese noch ungleich größer als in London, da dort selbst im Falle des Scheiterns der gegenwärtigen Verhandlungen über die Annahme des Sachverständigengutachtens Dawes eine neue Anleihegesellschaft für Europa, eine weitere Forderung in den Vereinigten Staaten und eine gesteigerte Depression in der nordamerikanischen Landwirtschaft befürchtet wird. Die Amerikaner glauben überdies mit der Unterbringung von deutschen Anleihen in den Vereinigten Staaten eine Erleichterung ihrer gewaltigen Goldüberflüsse und damit eine günstige Wirkung auf die Kaufkraft zu erzielen. Amerikanische Sorgen!

Es steht nur zu befürchten, daß die deutschen Anleihen zu einem ungünstigen Zeitpunkt auf den Markt kommen und mit anderem zu erwartenden Anleihen in unliebsame Konkurrenz geraten. So wird für die nächsten Wochen eine ungarische Wiederaufbauleihe von 200 Millionen Goldmark und eine große russische Anleihe von über 6 Milliarden Goldmark auf den Markt kommen, falls die englisch-russischen Besprechungen zu einem Ergebnis führen. Auch aus diesen Gründen ist die lange Hinauszögerung der Regierungsbildung unverantwortlich.

Eine verhandlungsfähige Reichsregierung dürfte indessen die Anleihefragen schnell in Fluß bringen. Nach unseren Informationen sind die vorbereitenden Schritte durch den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht längst getan. Die offiziellen Mitteilungen englischer und amerikanischer Diplomaten und Finanzmänner klingen in den letzten Tagen recht optimistisch. Wird die Reparationsfrage in Wäde einer Lösung entgegengeführt, dann darf bestimmt damit gerechnet werden, daß die englischen Kredite für die deutsche Industrie wieder reichlicher fließen, die in den letzten Wochen und Tagen geradezu Lebensnotwendigkeiten für die deutsche Wirtschaft geworden sind.

## Das neue Frankreich.

Die französischen Wahlen hatten, so schien es wenigstens, ein wesentlich klares Ergebnis als die Wahlen zum deutschen Reichstag; democh zeigt es sich, daß die Schwierigkeiten, eine unbedingte, gesicherte und verpfändete Mehrheit für irgend ein Regierungsprogramm zu finden, kaum geringer sind als bei uns, wie denn überhaupt schon seit einer Reihe von Monaten die Ähnlichkeit der französischen Parlaments- und Regierungskrisen mit den entsprechenden deutschen sehr groß ist. Es besteht freilich seit den Neuwahlen in der französischen eine „Linke“, die kraft ihres Erfolges den unbefriedigten und auch tatsächlich unbefriedigten Anspruch hat, aus sich heraus die neue Regierung zu bilden. Indessen sind auch in Frankreich, wie in Deutschland, die erfolgreichen Parteien nicht stark genug, um ohne nachbarliche Hilfe eine gesicherte Mehrheit zusammen zu bringen. Die französische Linke, deren Kern die von Herriot geführten Radikalen sind, bedarf der Mitarbeit, also vom Standpunkt der Mehrheitsbildung: der Regierungsbeteiligung der nach der Mitte zu anschließenden Gruppen. Das bedeutet natürlich die Notwendigkeit gewisser Zugeständnisse. Der Führer der Radikalen, dem zunächst daran lag, je Koalition nach links hin zu erweitern, hat über diese Zugeständnisse vorerst natürlich keine Worte gemacht; er wandte sich an die Sozialisten. An deren Führer Leon Blum richtete Herriot ein Schreiben, in dem namens der radikalen Partei die Sozialisten aufgefordert wurden, in die Regierung einzutreten. Sie haben, um dies gleich vorweg zu nehmen, abgelehnt. Sie taten es, obwohl das Schreiben der Radikalen sich alle Mühe gibt, besonders das innerpolitische Programm mit allem auszufüllen, was sozialistischen Augen angenehm sein muß. So wird der Kampf gegen die Notverordnung in Aussicht gestellt, auf militärischem Gebiet wird die Verminderung der Dienstzeit, also die Annäherung an das Wehrdienstgesetz, auf sozialem der Abstufung des Tagelohns, auf staatsfinanziellen dem Ausbau der Einkommensteuer. Außerdem gibt es noch einige an sich ziemlich unnötige aber in leicht erkennbarer Absicht herausgearbeitete antiklerikale Berührungen. In d. r. Außenpolitik verpricht Herriot eine gute Behandlung Russlands, die Stärkung des Völkerbundes und die vorbehaltlose Annahme des Sachverständigen-Gutachtens. Indessen sind gerade in der Ruhrfrage seine Vorbehalte kaum andere als die Poincares während der letzten Monate: auch die radikale Partei erklärt, für die Räumung des Ruhrgebietes nicht eintreten zu können, bevor die zur Reparationszahlung im Gutachten vorgelebten Einrichtungen tatsächlich getroffen sind.

Offenbar haben die Sozialisten gefürchtet, durch ein verpflichtendes Bündnis mit den Radikalen auch an deren einseitigen unausgeglichenen Zugeständnisse nach rechts hin gebunden zu werden; sie sagten Unterstützung zu, nicht mehr. Damit steht auch Frankreich vor der Möglichkeit einer, wenn auch verhältnismäßig starken Minderheitsregierung, die des Wohlwollens der ihr wichtigsten Nachbargruppen, in diesem Falle der Sozialisten, nicht würde entzogen können. Vereinfacht wird die Lage schließlich durch die Staatspräsidentenkreise: es ist immer noch eine Frage, ob Millerand geht.



# Wo? decken Sie Ihren Bedarf in

Der Umbau meines Ladens ist beendet.

Der Umbau meines Ladens ist beendet.

Babywäsche  
Wickeltücher  
Badetücher  
Gummütücher  
Wickeltücher  
Waschlappen  
Jäckchen v. Gr. 1-4  
Mützen u. Hauben  
Strümpfe v. Gr. 1-12

Kleiderstoffe  
Cheviot  
Satin  
Mouseline  
Frotté  
Schotten  
Popeline

Handtücher  
Zaschentücher weiß u. rot  
Bettbezüge  
Inlett  
Falbleinen  
Hemdentuch  
Nessel  
Hemden f. Damen v.  
2,50-5 Mk. d. Stck.

Dauerwäsche weiß und bunt. Turn- und Sportbekleidung.

Nur bei dem 1. Manufakturwaren-Geschäft am Platze **Aug. Ellrich**

Neustadt

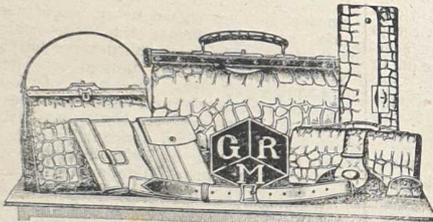
Spangenberg

Telefon 64



Sofa / Chaiselongue / Matratzen  
Klubsofa / Klubsessel  
in la. Verarbeitung zu billigsten Preisen.

Koffer  
Handtaschen  
Geldscheintaschen



in großer Auswahl

Rutsch- und Arbeitsgeschirre  
Eigene Reparaturwerkstatt

**Wilhelm Wenderoth**  
Sattlerei und Polsterwarengeschäft

## Gebrauche

Ata, - und im Haus sieht's stets bei Dir wie Sonntag aus. - Mit

# Ata

kannst Du alle Sachen blühblank und appetitlich machen.

## Seifen und Schucreme-Fabrikation im Hause

richten wir ein. Dauernde und sichere Exzellenz, besondere Räume nicht nötig.  
Auskunft kostenlos. Rückporto erwünscht.

Chemische-Fabrik

**Heinrich & Münkner**  
Reih-Nylsdorf

Gemischer Chor  
Heute Abend  
Gesangstunde

## Amtlicher Teil

### Elektrisches Ordnung.

- Mit Wirkung v. 1. 6. 24 ab gilt folgendes:
- Die Stromverbraucher haben ein Zählergebührenunterhaltungs- und Zählerverlustgebühren zu die sich für einen Lichtzähler auf 0,30 G.M. Kraftzähler auf 0,50 G.M. monatlich beläuft.
  1. Die Gebühr für den Lichtstrom beträgt 0,25 je RM.St.  
2. Die Gebühr für den Kraftstrom wird berechnet, daß  
a) Kraftstromabnehmer bis zu 50 RM.St. monatlichen Verbrauches 0,25 G.M.  
b) Kraftstromabnehmer von 51-100 RM.St. monatlichen Verbrauches 0,21 G.M.  
c) Kraftstromabnehmer von mehr als 100 monatlichen Verbrauches 0,21 G.M.  
je RM.St. zu entrichten haben. Die Kraftstromnehmer erhalten außerdem vom Zweckverband Ueberwerk Ebertalperre bei einem Halbjahresverbrauch mindestens 50 Benutzungsfld. einen Rabatt einander der sich staffelt und auf 1-8 G. Bfg. je RM.St. ziffert, bei Gewährung des höchsten Rabatts sind nur 0,13 G.M. je RM.St. zu zahlen.
- Spangenberg, den 30. Mai 1924.

Der Magistrat  
Schier

### Getränksteuer.

Die Steuerpflichtigen (Schankwirte usw.) werden durch aufgefordert, die im Monat Mai 1924 steuerpflichtig gewordenen Getränke bis zum 10 Juni bei der Kasse anzumelden. u. die Steuer alsbald einzuzahlen.  
Bis zum gleichen Tage ist die rückständige Steuer für April zu entrichten, widrigenfalls die Strafungen angewendet werden.

Spangenberg, den 4. Juni 1924.

Der Magistrat  
Schier

### Versteigerung von Fundsachen.

Freitag, den 6. Juni 1924, vormittags 11 werden in der Ratstellerswirtschaft versteigert:

- 1 Uhrfette
- 1 Schlüssel mit Schild
- 1 Paar Strümpfe und 1 Räuel Garn
- 1 Geldtasche

Spangenberg, den 5. Juni 1924.

Die Polizeiverwaltung  
Schier.

Eine Ladung

## la. Falzziegel

trifft in den nächsten Wochen ein. Bestellungen (ab Bahnhof) nimmt noch entgegen

Richard Mohr

## Turn-Verein



„Froher Mut“

### Spielerversammlung

Freitag abend 9 Uhr. Betr. Pfingstspiele gegen Hersfeld und Fulda.

Fußballabteilung



Kupferkessel  
Transportable  
Kessel-Ofen

Preisliste auf Wunsch: :: Telefon 594, 595, 596

**Linker, Drahtwerk Cassel 4**  
Verkaufsstelle: Cassel, Altmarkt

la. frischen Portland-Cement  
**Richard Mohr**

Inferieren bringt Gewinn!